

Als "maßlos überzogen" weisen die Vorsitzenden der Krefelder Ratsfraktionen von CDU, FDP und Freie Wähler/UWG die Kritik der Krefelder SPD an der vom Finanz- und Beteiligungsausschuss der Stadt Krefeld mehrheitlich beschlossenen "Zuschussliste 2014" zurück. Mit seinen teilweise diffamierenden Äußerungen zur Zuschussliste 2014 wolle der Krefelder SPD-Vorsitzende Frank Meyer nur davon ablenken, "dass seine Partei sich vor der Verantwortung für die städtischen Finanzen und für die davon betroffenen Vereine, Verbände und Institutionen drücke, kritisieren die Fraktionsvorsitzenden Wilfrid Fabel (CDU), Joachim C. Heitmann (FDP) und Ralf Krings (Freie Wähler/UWG) den SPD-Politiker und stellen fest: "Wenn die SPD sich mit ihren Vorstellungen zur Zuschussliste 2014 durchgesetzt hätte, bekämen die Vereine, Verbände und Institutionen im Jahr 2014 überhaupt keine Zuschüsse, weil die Zuschussliste 2014 dann von der Bezirksregierung Düsseldorf abgelehnt worden wäre, die deutlich gemacht hat, dass für 2014 eine differenzierte Überprüfung der Zuschüsse und eine weitere Reduzierung der Gesamtsumme - über die Reduzierung von 10 Prozent für das Jahr 2013 hinaus - erfolgt. "Dieser Vorgabe der Bezirksregierung Düsseldorf tragen wir mit der beschlossenen Zuschussliste 2014, nach der die freiwilligen Zuschussleistungen der Stadt Krefeld insgesamt um rd. 30 Prozent reduziert werden, Rechnung", stellen die Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP und Freie Wähler/UWG fest und fügen hinzu: "Auch wenn mit dieser Entscheidung, die noch der Bestätigung durch den Rat der Stadt Krefeld, der sich damit in seiner Sitzung am 12.12.2013 befaßt, bedarf, zum Teil schmerzliche Eingriffe für die betroffenen Vereine, Verbände und Institutionen verbunden sind, wird für diese damit Klarheit für ihre Planungen für das Jahr 2014 geschaffen, die es ihnen größtenteils ermöglicht, ihre wichtige Arbeit auf dieser Grundlage - wenn auch teilweise nur in einem möglicherweise reduzierten Umfang - fortzuführen." In dieser Auffassung sehen sich die drei Fraktionsvorsitzenden durch den kürzlich aus dem Amt geschiedenen Krefelder Sozialdezernenten Roland Schiffer bestätigt, der dazu festgestellt hat: "Ich halte es für möglich, dass trotz der Einschnitte die Strukturen erhalten bleiben."

Von einem "sozialen Kahlschlag" könne keine Rede sein, stellen Wilfrid Fabel, Joachim C. Heitmann und Ralf Krings übereinstimmend fest: "Nach differenzierter Prüfung haben wir die geforderte Reduzierung der Gesamtsumme der freiwilligen Zuschussleistungen dadurch erreicht, dass manche Zuschüsse um 10 Prozent, andere um 20 Prozent und dort - wo vertretbar - auch komplett gekürzt wurden", erklären die drei Fraktionsvorsitzenden und führen beispielhaft verschiedene Vereine, Verbände und Institutionen an. So würden die Zuschüsse an die Familienbildungsstätten (71.500 Euro), an die Frauenberatungsstelle (64.420 Euro) und an die Erziehungsberatungsstellen (347.000 Euro) überhaupt nicht reduziert, während die Zuschüsse an die Kulturfabrik e.V. (von 76.630 Euro um 3.654 Euro auf 72.985 Euro), an das Werkhaus e.V. (von 28.730 Euro um 5.746 auf 22.984 Euro), für das Kulturzentrum Südbahnhof (von 34.650 Euro um 3.465 Euro auf 31.185 Euro) und für das Folklorefest (von 9.900 Euro um 990 Euro auf 8.910 Euro) nur maßvoll um zehn bis zwanzig Prozent verringert würden. Von einer kompletten Streichung seien beispielsweise das Frauenkulturbüro des Landes NRW (bisher 8.633 Euro) und die Arbeiterwohlfahrt mit dem Zuschuss zu den Personalkosten zur Sozialbetreuung der türkischen Mitbürger (bisher 37.966 Euro). Während es sich bei dem Frauenkulturbüro NRW um eine Landeseinrichtung handele, die auch komplett vom Land NRW finanziert werden könne, ohne dass dafür ein städtischer Zuschuss gezahlt werden müsse, sei eine dauerhafte Einstellung des Personalkostenzuschusses an die Arbeiterwohlfahrt möglich und vertretbar, da die türkischen Mitbürger als weitgehend integriert gelten dürften.

Hinzu komme, dass der dafür bei der Arbeiterwohlfahrt tätige Sozialarbeiter zum Jahresende in den Ruhestand gehe und die Arbeiterwohlfahrt damit die Möglichkeit habe, ihre Personalkapazitäten an den Wegfall des Zuschusses anzupassen.

Allein daraus sei erkennbar, so die Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP und Freie Wähler/UWG, dass es der Krefeld SPD nicht um die Sache, sondern nur um "billige Polemik geht, die dem sozialen Miteinander in unserer Stadt schadet". Gleichzeitig lenke die Krefelder SPD davon ab, dass sie mit ihren Kürzungsvorschlägen, die im übrigen nicht so ernst gemeint seien, aber trotzdem gemacht würden, dem Wirtschaftsstandort Krefeld am Niederrhein schade, indem der Zuschuss zum Projekt "Standort Niederrhein" in Höhe von 88.000 Euro gestrichen werden solle. Während die SPD einerseits immer wieder eine mangelnde Wirtschaftsförderung - auch im regionalen Verbund mit an deren Städten und Kreisen - kritisiere, zerstöre sie mit der Streichung des Zuschusses gute Ansätze für eine gemeinsame Wirtschaftsförderung am Niederrhein und stoße die niederrheinischen Kooperationspartner (Stadt Mönchengladbach sowie die Kreise Kleve, Neuss, Viersen und Wesel), damit vor den Kopf. Das zeuge weder von sozialer noch von wirtschaftlicher Kompetenz, die dem "Berufsanfänger Meyer" - ein offenbar "kopfloser" Politiker - fehle.